

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

191 (12.7.1919) Erstes Blatt



Die Lage in Italien.

Nittis Programm.

Rom, 9. Juli. (Wolff.) Nitti erklärte in der Kammer im Namen der Regierung, daß das durch die Ereignisse auferlegte Programm sich in folgende Punkte zusammenfassen lasse: Friedensverhandlungen beendigen, so rasch als möglich, den Übergang von Kriege zum Friedenszustand herbeiführen, rasch die durch die neue Lage notwendig gewordenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vorbereiten. Im dieses Programm zu verwirklichen, müsse die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden. Die Regierung werde sie zu wahren wissen. Ueber die finanzielle Lage sagte Nitti, daß die auswärtigen Schulden bis auf 20, die inneren bis auf 58 Milliarden Lire sich belaufen. Eine neue Art Protektionismus mache sich in den Rohstoffen ergebenden Ländern bemerkbar. Italien müsse deshalb große Anstrengungen machen, weniger bedrückt zu werden und mehr zu produzieren. Eine große Aufgabe müsse auf die im Kriege gemachten Vermögen gelegt werden.

Ueber die auswärtige Politik erklärte Nitti, daß in diesem Augenblicke die wichtigsten Fragen für Italien noch nicht entschieden seien und daß man in Bezug auf die Africa noch keine verbindliche Lösung gefunden habe. Die Delegierten hätten die Verhandlungen in Paris wieder aufgenommen unter den schwersten Bedingungen und im Bewußtsein der Verantwortlichkeit der italienischen Sache. Die auswärtige Politik müsse wirklich eine Politik der Gerechtigkeit sein. Zu bedauern seien die glücklicherweise vereinzelt gebliebenen, zwischen Italien und den Alliierten Missetaten zu sein. Man dürfe doch gemeinsam verhoffen, daß nicht vergessen. Die Presse habe die Bedeutung einzelner Fälle übertrieben, die in Forme und anderen Mäßen vorgekommen seien. Diese Vorfälle könnten Italiens Haltung keineswegs beeinflussen, kein Ereignis könne die durch Gefahren gestifteten und durch Mut gemachten Beziehungen ändern. Das demokratische Frankreich werde fühlen, daß Italien auf seine freundschaftliche Mitarbeit zähle.

Bezüglich der inneren Politik werde die Regierung die Reformen prüfen, sowie die Frage des Nebereinkommens mit den Gruppen, die Anhänger des auf der Listenwahl und der Proportional begründeten Wahlrechtes seien. Diese Reformen seien Hauptbestandteile des sofort zu verwirklichenden Programms. Die Regierung werde die Ausgaben einschränken, die Einnahmen konsolidieren durch progressive Steuern, die Kriegserlöse erhalten und den Luxus besonders beschränken. Es werde ein Entwurf eingereicht werden, der die Reorganisation der Schulden, besonders der auswärtigen, vorbereiten und gesetzliche Garantien machen. Man bereite einen Elektrizitätsplan vor. Das Eisenbahnmateriale werde erneuert und der Handelsmarine ein neuer Aufschwung ermöglicht werden.

Nitti schloß mit dem Hinweis, daß Italien das einzige Land sei, das sich erhebe, ohne die unerschöpflichen Reichtümer zu besitzen. Italien komme aus einem Kriege gegen eines der mächtigsten und ältesten Reiche der Erde. Wir haben dieses Reich gestützt, das uns mit seinem Gewicht zu Boden zu drücken drohte. Dank unserer inneren und tiefsten Überzeugung haben wir den Krieg gewonnen. Italien soll nicht sein, daß es alle gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden wird. Wir werden sie überwinden, denn wir wollen es. Das ist notwendig, denn Italien muß siegen.

Die Kammer hörte Nitti unter großem Schweigen an. Als Nitti seine Rede beendet, erhoben sich alle Deputierten mit Ausnahme der offiziellen Sozialisten und spendeten begeisterten Beifall unter dem Rufe: „Es lebe Nitti!“ Der Schluß der Rede war von sehr starken Ovationen der ganzen Kammer mit Ausnahme der offiziellen Sozialisten und einigen Mitgliedern des Blocks der äußersten Rechten begleitet. Dann wurde die Sitzung unterbrochen, um Nitti zu schätzen, im Senat seine Erklärung abzugeben.

Dies wurde Nitti mit zahlreichen Rundgebungen und am Schluß mit warmem Beifall aufgenommen.

Tiflonis Verhandlungen mit den Parteiführern.

Bern, 11. Juli. (Wolff.) Gestern Abend fand eine vertrauliche Besprechung Tiflonis mit den Parteiführern und einer Reihe sonstiger Kammermitglieder statt. Die Teilnehmer zeigten sich nach Schluß der Sitzung außerordentlich zurückhaltend, so daß „Corriere della Sera“ und „Secolo“ aus Rom berichten, daß die Witterungen und Tiflonis wenig erfreulicher Natur seien. Die Auskünfte Italiens seien alles andere als befriedigend. Die Sachlage sei so kompliziert, erklärt „Secolo“, daß man die Hoffnung aufgegeben, die Verhandlungen noch einmal auf einen für Italien günstigen Boden zu bringen. Man glaubt, daß Tifloni heute kurze Erklärungen in der Kammer abgeben werde und daß er, sobald die Pariser Verhandlungen in eine definitive Phase eingetreten sind, nach Rom zurückkehren werde, um das Ergebnis seiner Bemühungen der Kammer vorzulegen.

Kein allgemeiner Ausstand in Rom.

Rom, 11. Juli. Der Generalstreik ist in Rom durch einen Vergleich vermieden worden. Danach wurden die Preise auf die Hälfte herabgesetzt. Eine gemischte Kommission aus sechs Arbeitern und vier Kaufleuten unter Vorsitz des Bürgermeisters von Rom wird die Ausführung der Verkaufsbestimmungen überwachen.

Die ungarischen Antriebe in Wien.

Wien, 10. Juli. (Wolff.) Der österreichische Staatssekretär Bauer hat durch die österreichische Gesandtschaft in Budapest dem ungarischen Volkskommissar für Auswärtiges eine Note überreicht, in welcher es heißt: Die Regierung der deutsch-österreichischen Republik löse größten Wert auf Erhaltung guter freundschaftlicher Beziehungen zur ungarischen Republik. Diese Beziehungen würden gefördert durch das Verschaffen einiger der ungarischen Gesandtschaft zugewiesenen Organe. Die deutsch-österreichische Regierung sehe sich daher zu ihrem natürlichen Verhalten gezwungen, der Regierung der ungarischen Republik mitzuteilen, daß der gegenwärtige ungarische Gesandte in Wien der deutsch-österreichischen Regierung nicht mehr genehm ist. Die Note erwidert die ungarische Regierung, für die Ernennung des fünftägigen Gesandten das Agrement der deutsch-österreichischen Regierung nachzusuchen, was sie bisher verweigert hatte.

Urteile des Budapester Standgerichts.

Budapest, 10. Juli. (Wolff.) Vom Standgericht wurden von 402 Personen, die des gegenrevolutionären Rufsches am 22. Juni angeklagt waren, 11 zum Tode durch Erschießen, einer zu drei Jahren schwerer Kerker verurteilt. Zu Anwartsarbeit wurden verurteilt 6 lebenslänglich, 8 zu 15 Jahren, 10 zu 10 Jahren, 6 zu 5 Jahren, 5 zu 3 Jahren, 9 zu 2 Jahren und einer zu 1 1/2 Jahren.

Die Gemeindevahlen in Böhmen.

Wien, 11. Juli. (Wolff.) Nach einer Meldung der geringen Abendblätter hat die deutsch-böhmische Landesregierung an den Staatskanzler Dr. Renner in St.

Germain gedröhrt, daß die amtlichen Angaben der tschechoslowakischen Regierung über das Ergebnis der Gemeindevahlen zeige, daß in ganz Böhmen das Wahlergebnis der Tschechen zu den Böhmen gleich 2 zu 1 ist wie laut der Volkszählung von 1910. Ferner daß unter den 2 1/2 Millionen Einwohnern von Deutsch-Böhmen nur 135 000 Tschechen sind, d. h. nur 7 1/2 % der Bevölkerung, daß also Deutsch-Böhmen ein geschlossenes einsprachiges deutsches Siedlungsgebiet ist. Die Landesregierung bitte daher Renner, daß er die von den Tschechoslowaken falsch unterrichteten Landesregierungen über das wahre Ergebnis der Gemeindevahlen genau aufkläre.

Auswärtige Staaten.

Zusammenstöße in Warschau.

h. Dvornik, 11. Juli. Wie aus Sonnenlicht mitgeteilt wird, kam es in den ersten Julitagen in Warschau zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und dem Militär. Der Warschauer Arbeiterrat und die Sozialdemokratische Parteileitung erklärten Wutrufe am Generalstreik. Die Straßenbahnen stellten den Betrieb ein. Die Zeitungen erschienen nicht. Auch die Straßenbeleuchtung verlosch.

Hafenarbeiterausstand in Helsingfors.

Helsingfors, 11. Juli. (Wolff.) In Helsingfors ist ein Ausstand der Hafenarbeiter ausbrochen. Es hat den Ursachen, als würde er sich auch auf Abo und andere Hafenstädte ausbreiten. Die Arbeiter fordern den Rücktritt von Abo und Vobnera.

England und die Ausländerfrage.

London, 11. Juli. (Wolff.) Der Ausschuss der sich mit der Ausländerbill befaßt, hat in die Vorlage eine Klausel aufgenommen, in der die Beschäftigung von Ausländern auf 10 % beschränkt wird.

Frankreich und Marokko.

Verfaillés, 11. Juli. (Wolff.) Der Kammerausschuss zur Prüfung des Friedensvertrages beschäftigte sich gestern mit den Klauseln über Marokko, Ägypten, Libyen, Siam und Siam. Der Berichterstatter Vong sprach seine Genehmigung darüber aus, daß Frankreich mancher volle Bewegungsfreiheit in Marokko habe und daß damit die Älle von Algerien für null und nichtig erklärt werde. Auch Langer habe nunmehr seinen internationalen Charakter verloren. In der Schlußfrage könne Frankreich den Vertrag zustimmen, da Amerika ihn unterzeichnet habe.

Der Streik in Frankreich am 21. Juli.

Notterdam, 11. Juli. (Wolff.) Nach dem „Dail Telegraph“ werden am 21. Juli in ganz Frankreich, Elsas, Polhingen, Tunis und Algerien keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenangelegenheiten werden freigegeben und gegen die Regierungspolitik protestieren. Ferner werden die Bau-, Metall-, Eisen- und Bergarbeiter am Streik teilnehmen.

Paris, 11. Juli. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat dem Ministerialrat den Text eines Abweises an die Eisenbahnarbeiter bezüglich des Streiks vorgelegt. Diejenigen Angehörigen der unteren Klassen stehenden Klassen, welche ihren Posten verlassen haben, werden den militärischen Behörden zur Verfügung gestellt, die sie zu ihren Truppen zurückzuführen oder sie werden disziplinarisch bestrafen. Die Angehörigen demobilisierter Klassen sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden, auf Grund des Gesetzes von 1867 über die Revolution.

Die schwache Stellung der französischen Regierung.

Paris, 10. Juli. (Wolff.) „L'Humanité“ und andere Blätter stellen fest, daß die Mehrheit der Regierung bei der letzten Abstimmung sehr schwach gewesen sei. „L'Humanité“ sagt: Nehme man von den 54 Stimmen der Regierungsmehrheit noch die 20 oder 25 Stimmen der Minister, Staatssekretäre und Kriegsminister ab, so bilden die verbleibenden 25 Mehrheitsstimmen kein Geenae-mächtig neben die 60 feindlichen Stimmenhaltungen.

Paris, 11. Juli. (Wolff.) Die Friedenskommission der Kammer wird am Freitag (L'Humanité) am Samstag wird die Kommission über die Botschaft anfragen. Man glaubt, daß sie es der Kammer ermöglichen wird, den Vertrag am Freitag August zu prüfen. Berichterstatter Parthou glaubt in einigen Tagen einen allgemeinen Bericht abgeben zu können. Clemenceau hat versprochen, der Kommission die Protokolle der Friedensverhandlungen mitzuteilen. Diese Dokumente werden als streng geheim betrachtet und wurden bisher erst den fünf Großmächten mitgeteilt. Die Kommission wird daher zur größten Discretion verpflichtet.

Die amerikanische Demobilisierung.

h. Haag, 11. Juli. Das holländische Neume Bureau meldet aus New York: Von den 4 Millionen Soldaten, die sich zur Zeit des Waffenstillstandes noch unter dem amerikanischen Befehl befanden, sind bereits über 8 Millionen entlassen. Am 1. Juli befanden sich in Europa noch 419 000 Mann, 122 000 Mann auf hoher See und 372 000 Mann in Amerika selbst.

Wilson's Senatrede.

c. Washington, 11. Juli. (Radio.) Wie bis zum Augenblicke in Bruchstücken bekannt wird, sagte Wilson in seiner Rede vor dem amerikanischen Senate: „Die Liga der Nationen ist eine praktische Notwendigkeit geworden. Selbst diejenigen Mitglieder der Konferenz, welche ihr anfangs ihre unpopuläre gegenüberstanden, wurden allmählich günstig für dieselbe gestimmt. Der Umstand, daß der Fakt über die Liga der Nationen folgen die Einleitung des Vertrages bildete, erleichterte wesentlich die Ausarbeitung des ferneren Teiles, so daß, was zunächst nur als Ideal erschienen war, in der Folge eine Notwendigkeit wurde.“ Beim Beginn seiner Rede bemerkte Präsident Wilson, daß er zu jeglicher irgend gewünschten Erklärung bereit sei.

Amsterdam, 11. Juli. (Wolff.) Das Reutersche Büro meldet aus Washington, daß Präsident Wilson bei der Vorlage des Friedensvertrages vor den Senat seine Rede fast vollständig dem Wörtchen widmete, von dem er erklärte, er sei nicht nur ein Werkzeug, um früheres Unrecht durch den neuen Friedensvertrag wieder gutzumachen, sondern er sei auch die Hoffnung der Menschheit. Der Bund sei tatsächlich eine Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung, welche die Urheber des Vertrages in der Welt errichten wollen, geworden. Präsident Wilson erklärte, das Wert der Friedenskonferenz stimme als Ganzes mit den Grundgedanken überein, die man gemeinsam als Grundlage des Friedens angenommen habe, und die Kompromisse, die als unvermeidlich angenommen wurden, hätten nirgends einem dieser Grundgedänge ins Herz.

Das Verfahren gegen Wilhelm II.

Haag, 10. Juli. (Niederländ. Corr.-Büro.) Der Standpunkt der niederländischen Regierung gegenüber einem zu erwartenden Anstiehungsergebnis ist ausdrücklich derselbe wie bisher, wie er auch feinerzeit von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministeriums in der Zweiten Kammer dargelegt wurde, nämlich, daß das Erjuden um Auslieferung auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit hin geprüft werden wird. Ein Erjuden um Auslieferung ist entgegen den darüber verbreiteten Gerüchten bis heute noch nicht bei der niederländischen Regierung eingegangen.

Haag, 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Frage der Auslieferung des Deutschen Kaisers erfährt das Korrespondenzbüro an befestigter Stelle, daß diese bisher von den alliierten Regierungen keine Aufforderung zur Auslieferung des Deutschen Kaisers bekam, sondern nur auf die Möglichkeit einer Flucht des früheren Kaisers und des früheren Kronprinzen aufmerksam gemacht wurde. Die Mächte haben am 28. Juni die niederländische Regierung aufgefordert, im Interesse der Ordnung hierfür Maßregeln zu ergreifen. Die holländische Regierung antwortete darauf, daß sie sich die freie Ausübung ihrer Souveränität vorbehalten müsse.

Amsterdam, 11. Juli. (Wolff.) „Dail News“ vom 9. Juli meldet aus Paris zur Frage der Auslieferung des ehemaligen deutschen Kaisers. Es sei bemerkenswert, daß die französische Presse und die französische öffentliche Meinung kein Interesse für die Verhandlungen zeigten. Von amerikanischer Seite verlautet, daß Schwierigkeiten mit der holländischen Regierung zu erwarten seien.

Verfaillés, 10. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ hat sein Urteil über die Stimmung dahin zusammengefaßt, daß man offenbar eine Führung der Sache auf der mittleren Linie gerne sehen würde, durch welche der Prozeß vermieden werden könne und den früheren Kaiser nur ein moralischer Tadel ausgeprochen werde und er schließlich eine derartige Lösung werde auch von der englischen Regierung gut aufgenommen werden.

Die Streiklage.

Der Verkehrsstreik.

h. Berlin, 11. Juli. Am Verkehrsstreik ist man nach den seitigen ergebnissen Marinasberichten wieder auf einen toten Punkt angelangt. Es finden keine Verhandlungen statt.

Der Terror in Oberschlesien.

h. Dvornik, 11. Juli. Der Terror in Oberschlesien nimmt täglich zu. Insbesondere häufen sich die Dynamitattentate. Nachdem im Wohnort des Direktors der Donnersmarthütte bei Rybnitz eine Dynamitpatrone zur Explosion gebracht worden war, wurde in der Antonienstraße in das Schlafzimmer eines Wächters eine Handgranate geworfen, die aber nur geringen Schaden anrichtete. Besonders im Rhodiner Bezirk wird der Terror mit größter Rücksichtslosigkeit geführt. Als Beweis dafür wird der Mord an dem Leutnant Steffen angeführt, der auf einem Patrouillen-gang durch vier Revolverkugeln getötet wurde, weil er ein aufreizendes polnisches Plakat hatte entfernen lassen. Die Revolverkugeln durch den Rücken überhant.

Abflauen des Ausstandes im Rhodiner Bezirk.

Kattowitz, 11. Juli. (Wolff.) Die Pressestelle des Staatskommissariats schreibt: Der Streik im Rhodiner Bezirk scheint abzuflauen. Die Donnersmarthütte streikt zwar noch, die Arbeitererschaft hat aber gestern beschlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Auch auf den übrigen Gruben des Rhodiner Reviers ist Bewegung vorhanden, am Montag wieder in die Arbeit zu treten.

Die Verhaftung von Kommunisten in der Schweiz.

h. Zürich, 11. Juli. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet zu den kommunistischen Verhaftungen in der Schweiz: Der in Zürich verhaftete Kommunist Boulet ist nicht Franzose, sondern Belgier. Er ist mit dem Zürcher Kommunistenführer Bruanmann von München in die Schweiz gekommen. Dieser hätte bei den Kämpfen in München, besonders in Rosenheim eine führende Rolle und wird deshalb mit Boulet und Boulet von den deutschen Behörden festgenommen. Boulet ist 31 Jahre alt und 27 Jahre alt. Er hat sich bei den Münchener Vorkämpfen ebenfalls hervorgetan. Obgleich er Ausländer ist, bestimmte er die Geiseln und war an Hand des Abtreibens oder auf bloße Denuntiation hin. Die Zürcher Unterjudena, die zuerst wegen Notwendigkeit gefestigt wurden, befindet sich noch im Anfangsstadium, weshalb nähere Mitteilungen noch nicht gemacht werden können.

Badischer Landtag.

Die neuen Steuervorlagen.

Der Haushaltsausschuss befaßte sich gestern mit den neuen Steuervorlagen. Vor ihrer Erörterung erwarb sich eine längere Aussprache über einzelne Punkte und Artikel der Karlsruher Tageszeitungen. Dabei wurde betont, daß die Haltung der einzelnen Presseorgane mehr mit der Tätigkeit der Fraktionen in den Parlamenten in Einklang gebracht werden müßte, wenn ein gedeihliches Arbeiten innerhalb der Koalitionsregierung ermöglicht werden soll. Bei der jodann beginnenden Besprechung der Steuervorlagen wurde eingehend über die Einwände des Mannheimer Allgemeinen Fabrikantenvereins und der Mannheimer Handelskammer debattiert. Wiebe man ihren Wünschen nachgeben, so müßte man mit einem Steueranfall von schätzungsweise 20 Millionen Mark rechnen. Von Regierungseite wurde erklärt, daß das Verlangen der Mannheimer Handels- und Industriekreise unerfüllbar sei, dagegen wolle man bestimmen, daß das Betriebskapital der Alltagsbetriebe nicht der doppelten Besteuerung unterworfen werde. Am weiteren Verlauf der Besprechung erklärte die Regierung grundsätzlich bereit, die unteren Einkommensteuern möglichst zu senken. Der Antrag der Sozialdemokraten, alle Einkommen bis zu 8000 M von dem bisherigen weiteren Steuerzuschlag zu befreien, wurde mit 11 gegen 2 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. (Einen ausführlichen Bericht lassen wir noch folgen.)

Der Stenographendienst des Landtags.

In der letzten Sitzung des Ausschusses der Vertrauensmänner des Landtags, an der auch Vertreter der Ministerien und die beteiligten Beamten teilnahmen, wurde über die Frage der Ausgestaltung des Stenographen- und Verösterungsdienstes eine eingehende Beratung gepflogen. Das Ergebnis war, daß zunächst zur Ermöglichung des Kontrollsteno-graphierens (paarweises Nachschreiben) und zur Beschleunigung der Stenogramübertragung die Zahl der Stenographen von sechs auf acht erhöht werden soll. Die Stenographen sollen mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die übrigen Staatsbeamten, aber als Beamte des Landtags angestellt werden, jedoch soweit sie beim Landtag beschäftigt sind, auch zu Dienstleistungen, die ihrer Vorbildung entsprechen, auch bei den Ministerien oder anderen Staatsstellen beschäftigt sein. Man hofft, daß auch geeignete Kräfte, deren anderweitige Verwendung im Landtagsbereich Zeit am wenigsten Schmiergeld zuzuwenden würde, sich der Anstellung bei der Beförderung nicht die akademische Vorbildung, sondern nach dem Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen“ die Vereingenschaft für den Dienst anschlaggebend sein.

Badische Politik.

Neue Forderungen der Eisenbahn und die Stellung der Regierung.

Amlich wird mitgeteilt: In der Sitzung des Sauschusses des badischen Landtages vom 11. Juli machte der Herr Finanzminister Dr. Birzh vor Eintritt in die Tagesordnung die folgenden Ausführungen:

Die Abnen bekannt ist, sind schon während der Verhandlungen über die jüngst erwählten Ausgleichsallan aus Eisenbahnerkreisen weitergehende Forderungen, die über den im Mai d. J. abgelehnten Lohntarif stark hinausgehen, erhoben worden. Diese Forderungen haben die Ausführungen des Finanzministers bei Beratung der Ausgleichsallan beeinflusst und ihn zu Bemerkungen veranlaßt, deren Bedeutung und Tragweite im Lande wohl nicht genügend beachtet und erwärdigt wurde.

Die Rede des Finanzministers war getragen von der Sorge, wie die Mehrforderungen aufzubringen sind. Nun sind neue Forderungen von Eisenbahnen angemeldet, die von unübersehbarer Tragweite seien. Der Herr Finanzminister erklärt nun hierauf, daß nach Auffassung des Gesamtministeriums die Politik weiterer Lohnerhöhungen und Gehaltsallan nicht fortgeführt werden könne. Es müßte der letzte Rest der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volkes dazu aufgewendet werden, um den Abbau der Lebensmittelpreise durchzuführen. Deshalb betonte der Finanzminister, daß die badische Regierung im Benehmen mit der Reichsregierung bestrebt sei, zunächst ihr Augenmerk nur auf diesen Abbau der Lebensmittelpreise zu richten und daß sie die weitergehenden Forderungen nach Lohnerhöhungen ablehnen müsse.

Man sei sich dabei der hohen Verantwortung, die das Gelingen oder Mißlingen dieser Politik mit sich führe, wohl bewußt. Es ist, wie der Finanzminister sagte, auch gar nicht möglich, in diesem Jahre weitere Millionen aufzubringen. Das Unmögliche könne einfach nicht geleistet werden. Es gebe auch nicht an, nur an eine Gruppe der badischen Bevölkerung zu denken. Die soziale Kurfüra müsse auch mehr als bisher allen Bevölkerungsklassen angewendet werden und das könne nur auf dem Wege des Abbaues der Lebensmittelpreise geschehen.

Man wolle mit den Eisenbahnerorganisationen über eine neue Art des Tarifs nach demokratischen Grundsätzen verhandeln, über die Sache des Lohntarifs könne aber nicht hinausgegangen werden, ohne damit die Frage neuer Ausgleichsallan für die Beamten aufzurufen.

Ueber die neuen Forderungen der bad. Eisenbahnen, von denen Finanzminister Dr. Birzh im Sauschussesitzung des Landtags sprach, wird berichtet, daß sich damit eine in Manheim abgehaltene Konferenz der Vertrauensmänner der bad. Eisenbahnen beschäftigt hat. Es wurden verlangt, für Sandweiler im Alter von 18-20 Jahren 400 Mark, von 21-25 Jahren 460 Mark, und von 26 Jahren ab 500 Mark pro Monat. Die Sandweiler ohne Ortszulagen sollen im Monat 20 Mark weniger erhalten. Für Sandweiler werden in gewisser Abminderung für die Klasse II 360-460 Mark, und für die Klasse I 375-475 Mark pro Monat verlangt. Wie an anderer Stelle mitgeteilt, wird, erklärte der Finanzminister, vor dem Abbau der Lebensmittelpreise auf die neuen Forderungen nicht eingehen zu können.

Lohnforderungen der Mannheimer städtischen Beamten.

Von unserem rr-Mitarbeiter wird uns gemeldet: Die städtischen Ausschüsse haben am 1. Juli abgelaufen, stehen in Unterhandlung mit der Stadtgemeinde wegen der Ausregelung ihrer Bezüge. Nun sind auch die städtischen Beamten und Lehrer vorstellig geworden mit dem Ersuchen, es möchte ihnen die sogenannte Ausgleichsallan, die den städtischen Beamten, Lehrern usw. gewährt wird, nicht vorzuziehen werden. Die beiden Angelegenheiten können nicht getrennt geregelt werden. Der Stadtrat, der erst in letzter Stunde von den Einzelheiten der städtischen Beschlässe Kenntnis erhielt, wird sich möglichst baldige Vorlage und stellt sich dabei auch den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Ausgleichsallan zur Verfügung.

Verhaftungen.

Von unserem Mannheimer rr-Mitarbeiter wird uns berichtet: In der geistigen Vertrauensmännerkonferenz der Sozialdemokratischen Partei wurde auf eine Anfrage der Parteimitglieder der Verlaufsplan von einem Komitee des Volksrates bestätigt, daß die gesamte Lebensmittelausschüsse der Arbeiterkreise verhaftet worden ist. Wie ich dazu vernehme, ist nicht die ganze Lebensmittelausschüsse verhaftet worden, sondern nur die Mitglieder, die den Ausschüssen beizugehören. Die Verhaftungen erfolgen auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Offenburg, die großen Schiedungen in Schwanz, Kasal und Seil voran auf die Spur gekommen war, die sich über das ganze Land erstreckten. In die Angelegenheit sind Mitglieder mehrerer Reichsausschüsse mitgenommen, außer in Mannheim sind auch Verhaftungen in Offenburg und Laßl erfolgt.

Die Begnadigung in Militärdisziplinarsachen.

Amlich wird mitgeteilt: Durch Verlaufsplan des Kriegsministeriums ist der badischen Regierung die Ausübung des Gnadenrechts in Militärdisziplinarsachen anerkannt worden. Das Ministerium für militärische Angelegenheiten hat schon in einer Reihe von Fällen einen Vernein, die in den Revolutionenstaaten benannt worden sind, Strafaufhebung auf Wohlverhalten oder Strafada-lak erteilt.

Der Fall Veit Valentini.

Der Dekan der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg i. Br., Professor Dr. Guise, erlegt gegenüber den Ausschüssen Robert's im „Vorworte“ eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „H. Robert hat weitest die meisten Affenfüße, ohne die eine objektive Beurteilung des Falles unmöglich ist, nicht eingeleitet und gar nicht ansetzen können. Er nimmt in seiner Veröffentlichung auch nicht Bezug auf Tatsachen, von entscheidender Bedeutung, wie von der Erklärung Professor Valentini an den Minister vom 30. Okt. 1918 — auf welche

von Seiten der Fakultät bereits in den Preussischen Jahrbüchern (Juliheft 1918) hingewiesen worden ist...

Die Fakultät sieht sich übrigens genötigt, namentlich das ganze zur Beurteilung des Falles erforderliche Material zu veröffentlichen.

Die neue badische Fürsorgeerziehung.

Am 15. Juli wird die neue badische Fürsorgeerziehung, die vom Samstag im Sommer vorigen Jahres das Gesetz auf eine neue und breitere Grundlage gestellt worden ist, in Kraft treten.

Aus den Parteien.

Aus der Deutschen Demokratischen Partei.

Einer Meldung aus Weimar zufolge wurde der Abgeordnete Schiffer zum ersten Vorsitzenden der demokratischen Fraktion der Deutschen Nationalversammlung...

Aus Baden.

Die badische Reichswehrbrigade.

Die aus 1000 Mann bestehende Brigade wird, hat die badische Regierung ihre Zustimmung erklärt, das am 15. Juli die Übernahme der badischen Freiwilligen-Formationen in die Reichswehr...

Sonntagsruhe in Amts- und Landstädten.

Man schreibt uns: Auf dem Lande wird über die Einführung der völligen Sonntagsruhe in den Amtsstädten und die Schließung der Ladengeschäfte an den Sonntagen lebhaftes Gespräch geführt...

Aus der Mannheimer Stadterwaltung.

Mannheim, 11. Juli. Das Ortsstatut über die Zusammenfassung des Stadtrates wird nach einem Beschluß in der jüngsten Sitzung des Stadtrates geändert.

beten Stadträte können nach dem Gesetz nur auf die Wahlzeit der übrigen Stadträte (von jetzt bis November 1922) berufen werden.

Mannheim, 11. Juli. Am kommenden Montag wird die französische Besatzung in Ludwigschafen eine Siegesfeier veranstalten.

Seelersberg, 11. Juli. Am Freitag früh passierte der erste große Seimlehraun im fahrenden 88 Offiziere und 600 Mann vom württembergischen Landwehrinfanterie-Regiment 121...

Rosenberg bei Weilsheim, 11. Juli. Bei einem Gewitter wurde der 28-jährige Landwirt Adolf Schreiner vom Blitz getötet.

Kastatt, 11. Juli. Die städtische Umlage wird von 38 Pfa. auf 48 Pfa. erhöht werden müssen.

Baden-Waden, 11. Juli. Die erste Sitzung des Stadterordneten-Kollegiums nach der Neuwahl fand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Fieser im großen Rathsaal statt.

Kreuzburg, 11. Juli. Die Postkassensatzung nahm in einem Keller eine archaische Menge Lebensmittel, die einem hiesigen Kaufmann abgehört...

Emmendingen, 11. Juli. In dem folgenden schweren Verbrechen wird berichtet, daß die Weinberge in sehr ausgiebigem Ertrage sind...

Emmendingen, 11. Juli. Aus verschiedenen Orten des Kaiserstuhls wird berichtet, daß die Weinberge in sehr ausgiebigem Ertrage sind...

Aus dem Stadtkreise.

Rührt die Trommel!

Es wird uns geschrieben: Es nach den herumgewogenen Böden der ersten Revolutionszeit unsere Freiwilligen-Bataillone zum erstenmal wieder im Gleichschritt durch die Straßen der Stadt marschieren...

Diese Erfahrung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

Die Besatzung hat man leider bei der Werbung für die Freiwilligen-Bataillone machen müssen, man macht sie auch jetzt wieder bei der Bildung der so notwendigen Reservebataillone...

halten werden kann. Andernfalls muß mit vollständiger Einstellung der Gaslieferung...

Die Zweigpostanstalt 4 (Marienstr. 26/28) wird am 16. d. Mts. wieder eröffnet.

Die Oberbürgermeisterwahl ist nach einem Beschluß des Stadtrates auf Mittwoch, den 23. Juli, nachmittags von 5-6 Uhr festgesetzt worden.

Die Hausversammlung zum Feste der in Rina notleidenden deutschen Frauen und Kinder hat einen Reinertrag von 2855 M. erbracht.

Das Koncertprogramm zur Johannisfeier des hiesigen Buchdruckerverbandes am heutigen Samstag berichtet eine anerkennende Abend-Oberbürgerin...

Stadtkarten. Heute Samstag, abends von 7 1/2 bis 11 Uhr, finden bei gutem Wetter vollständige Musikaufführungen des Orchester-Vereins Karlsruhe unter Leitung von Kapellmeister Karl Krohne statt.

Colosseum. Das Gastspiel Blakheim mit dem dreijährigen Waisenkind mit Gesang „Ein Frühlingsmädchen“ hat noch wie vor große Anziehungskraft...

Residenz-Theater Waldstraße bringt heute noch ein Schauspiel „Das Schweigen im Walde“ nach dem Roman von Richard Schomann...

Stadtbuch-Auszüge. Gesundheitsamt. 10. Juli: Bruno Zimmermann von hier, Professor in Mannheim...

Einmalige Festschulung. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Nachdem der Reichsernährungsminister...

Gefährdung. (Eigener Drahtbericht.) Halle a. S., 11. Juli. Die „Salleische Zeitung“ erörtert von unparteiischer Seite...

Die Unabhängigen gegen die Polen. (Eigener Drahtbericht.) Berlin, 11. Juli. Nach einer Meldung der „Z. am Mittag“...

Stimmen aus dem Publikum. (Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der die Natur liebt und sich eines schätzbaren Abwehrmittels erfreuen will, der sich als angenehme Abwechslung zwischen einer Straße...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

haben. Selbstverständlich sei, daß alle Parteigenossen ihre Stimmen für das Deutsche abgeben müssen.

Der Postkassensatz in London.

Berlin, 11. Juli. Die „Post. An.“ schreibt: Entgegen anders lautenden Nachrichten hören wir, daß Graf v. Brodorski-Rambau...

Die Amerikaner gegen die Agitation für die rheinische Republik.

Coblenz, 11. Juli. Die amerikanischen Behörden haben erneut eine Mission für die rheinische Republik in den besetzten Gebieten...

Opfer von Scapa Flow. (Eigener Bericht.) Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Wie verlautet, hat ein aus Scapa Flow zurückgekehrter Gedeckter...

Zur Neubildung der sächsischen Regierung.

Dresden, 11. Juli. (Wolff.) Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion über die Neubildung der sächsischen Regierung...

Das Mißgeschick der finnischen Freiwilligenkorps. (Eigener Drahtbericht.) Helsinki, 11. Juli. (Wolff.) Die Katastrophe der finnischen Freiwilligenkorps in Olanz...

Die Entente gegen Sowjetrußland. Amsterdam, 10. Juli. Laut Professor Rado hat der Rat der Finnen den Plan eines gemeinsamen Agens...

Aus dem Saale. 11. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Hollands Neuwede Bureau meldet aus London: Auf Eruchen der Generalstaatsanwaltschaft...

Aus dem Wirtschaftsleben. Zur Einfuhr von Margarine. Es ist die Frage aufgeworfen worden, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen Margarine zu behandeln...

Stimmen aus dem Publikum. (Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der die Natur liebt und sich eines schätzbaren Abwehrmittels erfreuen will, der sich als angenehme Abwechslung zwischen einer Straße...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

Stimmen aus dem Publikum. (Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der die Natur liebt und sich eines schätzbaren Abwehrmittels erfreuen will, der sich als angenehme Abwechslung zwischen einer Straße...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

Stimmen aus dem Publikum. (Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der die Natur liebt und sich eines schätzbaren Abwehrmittels erfreuen will, der sich als angenehme Abwechslung zwischen einer Straße...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

Stimmen aus dem Publikum. (Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Der die Natur liebt und sich eines schätzbaren Abwehrmittels erfreuen will, der sich als angenehme Abwechslung zwischen einer Straße...

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. beseitigen wir mittels unseren unibertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D.V.G.U. Anton Springer Karlsruhe Ettlingerstr. 51 Tel. 2340.

